

Anwesend vom Beirat:

Ausschuss (Fraktionen siehe oben)

Daun, Dorothee
Servos, Gertrud
Solf, Michael-Ezzo
Wörmann, Josef
Schmitt-Promny M.A., Karin
Boos, Regina
Rensmann, Rainer Heinz
Hagenbruch, Detlef

Beiratsvorsitzende

für Rehse, Henning

Landesbehindertenrat NRW

Gabor, Peter (online)
Gottschalk, Berthold (online)
Grimbach-Schmalfuß, Uta (online)
Heiser, Sandra (online)
Romberg-Hoffmann, Ellen (online)
Schubert, Wiebke (online)
Seipelt-Holtmann, Claudia (online)

Psychiatrie-Erfahrene

Drögehorn, Sandy (online) für Lindheimer, Martin

Freie Wohlfahrtspflege NRW

Michel, Claus (online)

Verwaltung:

Lubek, Ulrike
Woltmann, Bernd

Althoff, Detlef
Prof. Dr. Faber, Angela
Lewandrowski, Dirk
Eisermann, Sandra
Hermann, Dennis
Mosbach, Susanne

LVR-Direktorin
Stabsstelle Inklusion - Menschenrechte -
Beschwerden
LVR-Dezernent 3
LVR-Dezernentin 5
LVR-Dezernent 7
Fachbereich 54
Stabsstelle 70.10
Stabsstelle Inklusion - Menschenrechte -
Beschwerden (Protokoll)

Gäste

CDU-Fraktion
Tondorf, Bernd (online)

Müller, Michael

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 22. gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Inklusion und des Beirates für Inklusion und Menschenrechte vom 13.02.2020
3. Inklusion und Menschenrechte
- 3.1. Integrierte Beratung: Bericht zum Stand der beiden Projekte zur sozialräumlichen Erprobung und zum Webportal „LVR-Beratungskompass“ **14/3990 B**
- 3.2. LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2019 **14/3823 K**
4. Soziales
- 4.1. Umsetzung des BTHG beim LVR – hier: Aufbau von Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX sowie Einführung des BEI_NRW im Rheinland **14/4053 K**
- 4.2. Modellprojekt zum inklusiven Sozialraum **14/4033 E**
- 4.3. Bericht der Bundesregierung zum Stand und zu den Ergebnissen der Maßnahmen nach Art. 25 Abs. 2-4 BTHG **14/3879/1 K**
- 4.4. Änderung der Förderrichtlinien zur inklusiven Bauprojektförderung hier: Dringlichkeitsentscheidung **14/4003 K**
- 4.5. Inklusive Bauprojektförderung - Bauprojekt des SKM Köln - Sozialdienst Katholischer Männer Köln e.V. **14/3997 E**
5. Schulen, Inklusionsamt und Soziale Entschädigung
- 5.1. Fortlaufende Schulentwicklungsplanung: Handlungskonzept "Schulraumkapazität 2030" **14/3817/2 E**
- 5.2. Inklusive berufliche (Aus-)Bildung von Jugendlichen mit Schwerbehinderung im Rheinland- Zugänge, Gestaltung und Verbleib **14/4005 K**
- 5.3. Modellprojekt „Mensch-Roboter-Kollaboration - Umgestaltung eines Arbeitsplatzes in der Automobilbranche für schwerbehinderte Beschäftigte“ **14/4010 K**
- 5.4. Reform des Sozialen Entschädigungsrechts - ein erster Überblick und Ausblick **14/3871/1 K**
6. Neugestaltung der Außenanlagen Landeshaus; Zentralverwaltung Köln-Deutz hier: Durchführungsbeschluss **14/3983/1 E**
7. Anfragen und Anträge

- | | | |
|------|---|---|
| 7.1. | Präventive Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche mit Behinderung | Antrag
14/343/1 CDU, SPD
E |
| 7.2. | Aufsichtsmöglichkeiten stärken - Betroffene schützen!
Für eine effektive Kontrolle von Werkstätten für behinderte Menschen | Antrag
14/347 CDU, SPD E |
| 8. | Bericht aus der Verwaltung | |
| 9. | Verschiedenes | |

Beginn der Sitzung: 09:30 Uhr

Ende der Sitzung: 11:45 Uhr

In Reaktion auf die derzeitige COVID-19-Pandemie wurde die Sitzung als sogenannte „Hybridsitzung“ durchgeführt, d. h. zum Teil in Präsenz im Sitzungsraum und zum Teil als Tele-/Videokonferenz. Die Teilnehmenden, die der Sitzung per Tele-/Videokonferenz beigewohnt haben, sind in der Anwesenheitsliste entsprechend gekennzeichnet. Die Abstimmung im Ausschuss erfolgte in Fraktionsstärke nach dem Prinzip einer Soll-Stärkenvereinbarung durch ein anwesendes Mitglied jeder Fraktion im Sitzungsraum.

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird anerkannt.

Punkt 2

Niederschrift über die 22. gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Inklusion und des Beirates für Inklusion und Menschenrechte vom 13.02.2020

Gegen die Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 3

Inklusion und Menschenrechte

Punkt 3.1

Integrierte Beratung: Bericht zum Stand der beiden Projekte zur sozialräumlichen Erprobung und zum Webportal „LVR-Beratungskompass“ Vorlage Nr. 14/3990

Frau **Lubek** führt in die Vorlage ein und erklärt, dass die geplante Live-Präsentation des LVR-Beratungskompasses wegen der Hybridsitzung in einer späteren Sitzung nachgeholt werde.

Frau **Romberg-Hoffmann** verweist darauf, dass das digitale Beratungsportal auch Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen technisch zugänglich gemacht werden sollte (Internetzugang).

Herr **Woltmann** berichtet über den bisherigen Beratungslauf der Vorlage hinsichtlich der vier Teilprojekte zur sozialräumlichen Erprobung. In den vier Fachausschüssen sei jeweils betont worden, wie wichtig es sei, dass der LVR in den Mitgliedskörperschaften kooperativ wahrgenommen werde.

Frau **Schubert** regt für das Teilprojekt in der psychiatrischen Versorgung an, dass die Gruppe der Angehörigen in den dialogischen Partizipationsformaten stark einbezogen werden und auch die Ebene der gemeindepsychiatrischen Verbände vor Ort zu betrachten seien.

Votum Beirat: Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.

Abstimmung Ausschuss: Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.

Der Umsetzungsstand der beiden LVR-Projekte (Sozialräumliche Erprobung und digitaler Beratungskompass), die auf der Grundlage der beschlossenen "Leitidee" und der "Eckpunkte" zur Integrierten Beratung entwickelt wurden, wird gemäß Vorlage Nr. 14/3990 zur Kenntnis genommen und dem beschriebenen weiteren Vorgehen zugestimmt.

Punkt 3.2

LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2019 Vorlage Nr. 14/3823

Der Jahresbericht wird von mehreren Teilnehmenden als wichtige Dokumentation des vielfältigen Engagements des LVR und als gute Diskussionsgrundlage für die politische Arbeit bezeichnet.

Frau **Lubek** bittet Herrn **Rensmann** darum, dass Nachfragen seiner Fraktion zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen im LVR (hier: Rückläufige Besetzung der sog. BiAp-Stellen und Reduzierung des Stellenpools für Jugendliche mit einer Schwerbehinderung, vgl. Seite 10/Z2.7) zuständigkeitsshalber im Personalausschuss am 15.06.2020 vorgetragen und dort beantwortet werden können. Insgesamt sei eine Befassung der Fachausschüsse mit den sie betreffenden Aktivitäten wichtig für die nachhaltige Umsetzung des Aktionsplans.

Der Entwurf des Jahresberichtes 2019 zum LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wird gemäß Vorlage-Nr. 14/3828 zur Kenntnis genommen.

Nach Beratung in allen Fachausschüssen im LVR ist abschließend eine Beschlussfassung durch den Ausschuss für Inklusion mit seinem Beirat für Inklusion und Menschenrechte in der Sitzung am 24.09.2020 geplant.

Punkt 4 **Soziales**

Punkt 4.1

Umsetzung des BTHG beim LVR – hier: Aufbau von Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX sowie Einführung des BEI_NRW im Rheinland Vorlage Nr. 14/4053

Der **Ausschussvorsitzende** weist auf eine ergänzende Tischvorlage der Verwaltung mit allen Beratungsstandorten und dem derzeitigen Planungsstand hin (Anlage zu TOP 4.1).

Die **Beiratsvorsitzende** begrüßt die nachgereichte Übersicht und wäre ggf. an weiteren Informationen je Mitgliedskörperschaft interessiert.

Der Stand des Aufbaus von Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX sowie die Einführung des BEI_NRW und des BEI_NRW KiJu im Rheinland werden gemäß Vorlage-Nr. 14/4053 zur Kenntnis genommen.

Punkt 4.2

Modellprojekt zum inklusiven Sozialraum Vorlage Nr. 14/4033

Die vorgelegte Umsetzungskonzeption wird einvernehmlich begrüßt.

Votum Beirat: Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.

Abstimmung Ausschuss: Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.

Der Ausschuss empfiehlt dem LA, die Verwaltung gemäß Vorlage Nr. 14/4033 zu beauftragen, auf der Basis des vorliegenden Konzeptes das Modellprojekt zur Entwicklung inklusiver Sozialräume umzusetzen.

Punkt 4.3

Bericht der Bundesregierung zum Stand und zu den Ergebnissen der Maßnahmen nach Art. 25 Abs. 2-4 BTHG Vorlage Nr. 14/3879/1

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Bericht der Bundesregierung zum Stand und zu den Ergebnissen der Maßnahmen nach Art. 25 Abs. 2-4 BTHG wird gemäß Vorlage 14/3879/1 zur Kenntnis genommen.

Punkt 4.4

Änderung der Förderrichtlinien zur inklusiven Bauprojektförderung hier: Dringlichkeitsentscheidung Vorlage Nr. 14/4003

Es gibt keine Wortmeldungen.

Die Dringlichkeitsentscheidung wird gemäß Vorlage 14/4003 zur Kenntnis genommen.

Punkt 4.5

Inklusive Bauprojektförderung - Bauprojekt des SKM Köln - Sozialdienst Katholischer Männer Köln e.V. Vorlage Nr. 14/3997

Auf Nachfrage erläutert Herr **Lewandrowski**, dass nach den Richtlinien "inklusiv" bestimmt sei, dass 30% der Bewohner*innen des geförderten Objektes Menschen mit Behinderungen, die gleichzeitig leistungsberechtigt für Eingliederungshilfe/Leistungen nach dem SGB IX sind, sein müssen.

Votum Beirat: Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.

Abstimmung Ausschuss: Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.

Der Ausschuss empfiehlt dem LA, der inklusiven Bauprojektförderung des Landschaftsverbandes Rheinland in Höhe von 200.000,00 Euro für das Bauprojekt des SKM Köln - Sozialdienst Katholischer Männer Köln e.V. gemäß der Vorlage Nr. 14/3997 zuzustimmen.

Punkt 5

Schulen, Inklusionsamt und Soziale Entschädigung

Punkt 5.1

Fortlaufende Schulentwicklungsplanung: Handlungskonzept "Schulraumkapazität 2030" Vorlage Nr. 14/3817/2

Die Ergänzung der Vorlage nach der intensiven Diskussion im Ausschuss für Inklusion mit seinem Beirat am 13.02.2020 wird einvernehmlich begrüßt. Auf die aktuell ebenfalls in Beratung und Beschlussfassung befindliche Vorlage Nr. 14/4051 zur baulichen Erweiterung der LVR-Christoph-Schlingensief-Schule in Oberhausen wird hierbei Bezug genommen.

Frau **Prof. Dr. Faber** kündigt auf Nachfragen dazu an, eine Dokumentation der Kooperationsbemühungen des LVR mit der Stadt Oberhausen vorzulegen. Dies ist zwischenzeitlich in der Ergänzungsvorlage Nr. 14/4051/1 erfolgt ([https://dom.lvr.de/lvis/lvr_recherchewww.nsf/0/9204E0F5397497EAC1258588003C122E/\\$file/Vorlage14_4051_1.pdf](https://dom.lvr.de/lvis/lvr_recherchewww.nsf/0/9204E0F5397497EAC1258588003C122E/$file/Vorlage14_4051_1.pdf)).

Votum Beirat: Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.

Abstimmung Ausschuss: Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.

Der Ausschuss empfiehlt dem LA die Verwaltung zu beauftragen, ihr Verwaltungshandeln am Handlungskonzept „Schulraumkapazität 2030“, wie in Vorlage 14/3817/1 dargestellt, auszurichten und regionalbezogene Zielplanungen für die Bereitstellung ausreichender Schulraumkapazität zu erstellen und umzusetzen.

Punkt 5.2

Inklusive berufliche (Aus-)Bildung von Jugendlichen mit Schwerbehinderung im Rheinland- Zugänge, Gestaltung und Verbleib Vorlage Nr. 14/4005

Frau **Prof. Dr. Faber** stellt den Kostenplan, der der Niederschrift des Schulausschusses beigefügt wird, gern auch dem Ausschuss für Inklusion und seinem Beirat zur Verfügung (Anlage zu TOP 5.2).

Vor dem Hintergrund der beachtlichen Höhe der Projektkosten, die aus der Ausgleichsabgabe beglichen werden, betont Frau **Lubek**, dass die Ergebnisse wichtige Fragen zum Übergang von Schule und Beruf beantworten und sehr konkret für die Zielgruppe nutzbar gemacht werden müssen.

Die Förderung des Forschungsvorhabens "Inklusive berufliche (Aus-)Bildung von Jugendlichen mit Schwerbehinderung im Rheinland- Zugänge, Gestaltung und Verbleib" aus Mitteln der Ausgleichsabgabe in Höhe von insgesamt 851.160 € wird gemäß Vorlage Nr. 14/4005 zur Kenntnis genommen.

Punkt 5.3

Modellprojekt „Mensch-Roboter-Kollaboration - Umgestaltung eines Arbeitsplatzes in der Automobilbranche für schwerbehinderte Beschäftigte“ Vorlage Nr. 14/4010

Die Frage von Frau **Servos** nach der Anzahl der schwerbehinderten Beschäftigten, die an diesem Modellprojekt beteiligt werden, wird über die Niederschrift wie folgt beantwortet:

Das Kölner Motorenwerk der Ford-Werke GmbH beschäftigt aktuell 1079 Mitarbeitende, von diesen wiederum haben 155 eine anerkannte Schwerbehinderung, was einer Quote von 14,3% entspricht. Für diesen Kreis wurden bereits 64 Arbeitsplätze adäquat eingerichtet und gestaltet. Um den Rahmen der Möglichkeiten zu erweitern, sollen neue Technologien und die technische Entwicklung genutzt und eine Mensch-Roboter-Kollaboration geschaffen werden, bei welcher Roboter und leistungseingeschränkte Mitarbeiter*in zusammenarbeiten. Konkret wurde für das Forschungsvorhaben ein Arbeitsplatz zur pilothaften Umsetzung einer „Mensch-Maschine-Kollaboration“ identifiziert. An diesem Arbeitsplatz (Mehrschichtsystem) können dann nach erfolgreichem Projekt bis zu drei Menschen mit Behinderungen eingesetzt und wieder in den Produktionsprozess integriert werden. Perspektivisch sollen, insbesondere unter Beteiligung der RWTH Aachen, weitergehende Anwendungsmöglichkeiten in der Industrie identifiziert werden.

Die Förderung des Modellprojektes „Mensch-Roboter-Kollaboration - Umgestaltung eines Arbeitsplatzes in der Automobilbranche für schwerbehinderte Beschäftigte“ aus Mitteln der Ausgleichsabgabe in Höhe von 372.000,00 € wird gemäß Vorlage Nr. 14/4010 zur Kenntnis genommen.

Punkt 5.4

Reform des Sozialen Entschädigungsrechts - ein erster Überblick und Ausblick Vorlage Nr. 14/3871/1

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Die Ausführungen zur Reform des Sozialen Entschädigungsrechts werden gemäß Vorlage Nr. 14/3871/1 zur Kenntnis genommen.

Punkt 6

Neugestaltung der Außenanlagen Landeshaus; Zentralverwaltung Köln-Deutz hier: Durchführungsbeschluss Vorlage Nr. 14/3983/1

Herr **Althoff** erläutert, dass die Neugestaltung der Außenanlagen auf einen Beschluss aus 2006 zurückgeht, nach Fertigstellung des Rheinboulevards eine entsprechende Planung vorzulegen. Die Barrierefreiheitsmaßnahmen entsprechen der Zielvereinbarung des LVR mit den Behindertenverbänden zu den Liegenschaften der Zentralverwaltung in Köln-Deutz.

In Wortmeldungen werden Aspekte der Gesamtkostenplanung, der Ökologie und des Denkmalschutzes angesprochen. Der **Ausschussvorsitzende** bittet darum, diese Fragen in den zuständigen Fachausschüssen zu erörtern.

Gegen die Ausführungen gemäß Vorlage Nr. 14/3983/1 hinsichtlich der Barrierefreiheit werden keine politischen Einwendungen erhoben.

Votum Beirat: Der Beschlussvorschlag wird gegen die Stimme der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER **mehrheitlich** angenommen.

Abstimmung Ausschuss: Der Beschlussvorschlag wird gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion FREIE WÄHLER **mehrheitlich** angenommen.

Der Ausschuss empfiehlt dem LA, der Planung und der Kostenberechnung in Höhe von ca. 1.455.000 € (brutto) für die Neugestaltung der Außenanlagen des Landeshauses der LVR-Zentralverwaltung in Köln-Deutz gemäß Vorlage 14/3983/1 zuzustimmen und die Verwaltung mit der Durchführung zu beauftragen.

Punkt 7

Anfragen und Anträge

Herr **Gabor** fragt für den LBR-Pool im Beirat nach einer Auflistung der abgeschlossenen Rahmenverträge zwischen dem LVR und Leistungserbringern sowie nach einem Kataster über Dienstleistungsangebote für Menschen mit Behinderungen im Rheinland.

Herr **Lewandrowski** führt hierzu aus, dass die Vertragsverhältnisse des LVR mit Leistungserbringern nach dem BTHG nicht öffentlich gemacht werden können. Im konkreten Einzelfall informieren selbstverständlich das regionalisierte LVR-Fallmanagement oder auch die KoKoBes gern. Eine Übersicht der Angebote des LVR für Menschen mit Behinderungen im Rheinland wird perspektivisch der unter TOP 3.1 vorgestellte digitale LVR-Beratungskompass liefern. Im übrigen sei geplant, eine aus Pandemiegründen ausgefallene Veranstaltung mit den EUTB und dem MAGS nachzuholen. Hier ginge es dann ausdrücklich auch um die Transparenz der neuen Beratungslandschaft.

Punkt 7.1

Präventive Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche mit Behinderung

Antrag Nr. 14/343/1 CDU, SPD

Frau **Zsack-Möllmann** regt für die nächste Wahlperiode eine Initiative für den Ausbau der Traumaambulanzen für Menschen mit Behinderungen an.

Votum Beirat: Der Beirat fasst einstimmig den untenstehenden empfehlenden Beschluss.

Abstimmung Ausschuss: Der Ausschuss fasst einstimmig den untenstehenden empfehlenden Beschluss.

Die Verwaltung wird gebeten, auf Grundlage der vorhandenen Konzepte und Erfahrungen ein LVR-Rahmenkonzept zum Gewaltschutz zu erarbeiten.

Punkt 7.2

Aufsichtsmöglichkeiten stärken - Betroffene schützen!

Für eine effektive Kontrolle von Werkstätten für behinderte Menschen

Antrag Nr. 14/347 CDU, SPD

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Votum Beirat: Der Beirat fasst einstimmig den untenstehenden empfehlenden Beschluss.

Abstimmung Ausschuss: Der Ausschuss fasst einstimmig den untenstehenden empfehlenden Beschluss.

Die Landesdirektorin wird beauftragt, sich unverzüglich mit dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in NRW abzustimmen, um die mit Schreiben des Ministers von 29.04.2020 erbetene Unterstützung im Prozess der Erstellung einer Vereinbarung zwischen dem Ministerium und den wesentlichen Rehabilitationsträgern, die für die Belegung der Werkstätten für behinderte Menschen zuständig sind, zu leisten.

Darüber hinaus wird die Landesdirektorin gebeten, die Überlegungen der Landschaftsverbände im Hinblick auf die Sicherstellung einer Aufsicht für Werkstätten für behinderte Menschen nochmals darzulegen.

Punkt 8 **Bericht aus der Verwaltung**

Herr **Woltmann** informiert über eine UNICEF-Befragung der Kommunen zum Stand der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland. Sie berührt Zielrichtung 10 des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Der Online-Fragebogen steht noch bis zum 19.06.2020 im Internet unter www.kommunale-kinderrechte.de zur Verfügung.

Punkt 9 **Verschiedenes**

Frau **Servos** bittet um Informationen dazu, wie Menschen mit Behinderungen in stationären Einrichtungen durch die COVID-19-Maßnahmen eingeschränkt wurden. Der **Ausschussvorsitzende** verweist dazu auf den HPH-Ausschuss am 08.06.2020.

Frau **Schmitt-Promny** regt an, die Folgen der Corona-Krise für Menschen mit Behinderungen auf die nächste Tagesordnung des Ausschusses für Inklusion zu setzen. Ihrer Fraktion sei insbesondere eine politische Beratung zur sog. Triage-Problematik ein wichtiges Anliegen.

Der **Ausschussvorsitzende** verweist auf die letzte gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Inklusion mit seinem Beirat am 24.09.2020 zum Ende der 14. Wahlperiode der Landschaftsversammlung Rheinland und bittet insbesondere die externen Beiratsmitglieder um Anregungen und Erwartungen zur politischen Partizipation im LVR für die neue Wahlperiode nach der Kommunalwahl. Vielleicht könne die Beiratssitzung am 11.09.2020 (ohne den Ausschuss) zur Beratung genutzt werden. Wenn gewünscht, könne der Beirat die Sitzung mit einer Besichtigung der inklusiven Schiffswerft des LVR im APX Xanten verbinden. Die für heute geplante Exkursion musste Corona-bedingt ausfallen.

Duisburg, den 27.06.2020

Der Ausschussvorsitzende

W Ö R M A N N

Solingen, den 10.08.2020

Die Beiratsvorsitzende

D A U N

Köln, den 19.06.2020

Die Direktorin des
Landschaftsverbandes
Rheinland

L U B E K

LVR · Dezernat 7 · 50663 Köln

An die
Mitglieder des
Ausschusses für Inklusion

Datum und Zeichen bitte stets angeben

03.06.2020
74.00

Frau von Berg
Tel 0221 809-6517
Fax 0221 8284-6599
gabriele.vonberg@lvr.de

Tischvorlage für die Ausschusssitzung am 04.06.2020

Ergänzung zur Vorlage Nr. 14/4053

Mit Vorlage Nr. 14/4053 berichtet die Verwaltung u.a. zum Aufbau der Beratungsstandorte nach § 106 SGB IX.

Die genauen Beratungsstandorte sowie der derzeitige Planungsstand sind der beige-fügten Übersicht zu entnehmen.

In Vertretung

Dirk Lewandrowski
Landesrat
LVR-Dezernat Soziales



Ihre Meinung ist uns wichtig!

Die LVR-Geschäftsstelle für Anregungen und Beschwerden erreichen Sie hier:
E-Mail: anregungen@lvr.de oder beschwerden@lvr.de, Telefon: 0221 809-2255

Mitgliedskörperschaft	Standorte	Adresse	Institution	Status/ Umzug ab (Dez.4)	Bemerkung
Bonn	Bonn	Irmintrudisstraße 1C 53111 Bonn	Der Kinderschutzbund - Ortsverband Bonn e.V.	01.01.2020	Dez. 4 ist Vorort, Dez. 7 kann nutzen
Düsseldorf	Düsseldorf	Willi-Becker-Allee 6- 8 40227 Düsseldorf	Landeshauptstadt Düsseldorf	01.01.2020	Dez. 4 ist Vorort, Dez. 7 kann nutzen
Duisburg	Duisburg	Schwanenenstraße 5 - 7 47051 Duisburg	Stadt Duisburg	offen	Raum bezugsbereit, Dez. 7 kann nutzen auch SEIB- Pilotregion 106+
Essen	Essen	Steubenstraße 53 45138 Essen	Stadt Essen	Juni/Juli	
Köln	Köln	Horion-Haus	LVR	01.01.2020	Dez. 4 Vorort, Dez. 7 kann nutzen
<i>Krefeld</i>	<i>Krefeld</i>	<i>Ispelsstr.81 47805 Krefeld</i>	<i>Sozialwerk Krefelder Christen</i>	<i>offen</i>	<i>Bisher war eine Vorortbesichtigung noch nicht möglich</i>
<i>Leverkusen</i>	<i>bisher kein Raum gefunden</i>			<i>offen</i>	

Mönchengladbach	Mönchengladbach	Fliethstr. 86 - 88 41061 Mönchengladbach	Stadt Mönchengladbach	01.01.2020	Dez. 4 ist Vorort, Dez. 7 kann nutzen
Mülheim an der Ruhr	Mülheim	Ruhrstraße 1 45468 Mülheim	Stadt Mülheim	offen	
Oberhausen	Oberhausen	Kantstr. 17 46145 Oberhausen	KoKoBe Oberhausen	Juni/Juli	
Remscheid	Remscheid	Konrad Adenauer Straße 2-4, 42853 Remscheid	SPZ	Juni/Juli	
Solingen	Solingen	Freiheitstraße 2 42719 Solingen	Heimstatt Adolf Kolping e.V.	01.01.2020	Dez. 4 ist Vorort, Dez. 7 kann nutzen
<i>Wuppertal</i>	<i>Wuppertal</i>	<i>Wichlinghauser Straße 38 42277 Wuppertal</i>	<i>Nähe KoKoBe</i>	<i>offen</i>	<i>Hier müssen noch Brandschutztüren eingebaut werden</i>

StädteRegionAachen	Stolberg	Rathausstraße 1B, 52222 Stolberg	Stadt (Sozialamt) als Untermieter	01.01.2020	Weitere Räumlichkeiten in Aussicht: Eschweiler (Jugendamt), Stadt Aachen (Hörgeschädigten Zentrum Aachen)
Kreis Düren	Düren	Roonstr. 4 52351 Düren	Rheinischer Blindenfürsorgeverein	Juni/Juli	
Rhein-Erft-Kreis	Bergheim	Südweststraße 16 50126 Bergheim	CuraCon Rhein-Erft gemeinnützige GmbH	01.01.2020	Dez. 4 ist Vorort, Dez. 7 kann nutzen auch SEIB- Pilotregion 106+
<i>Kreis Euskirchen</i>	<i>bisher noch kein Raum gefunden</i>			<i>offen</i>	

Kreis Heinsberg	Hückelhoven	am Friedrichplatz 7 41836 Hückelhoven	Stadt Hückelhoven	01.01.2020	Dez. 4 ist Vorort, Dez. 7 kann nutzen
Kreis Kleve	Kleve	Brücktor 1 47533 Kleve	Lohmann & Swertz GmbH Immobilien	01.01.2020	Dez. 4 ist Vorort, Dez. 7 kann nutzen
Kreis Mettmann	Monnheim	Friedenauer Str. 17c 40789 Monheim am Rhein	Stadt Monheim	Juni/Juli	Dez. 4 ist Vorort, 1 Arbeitsplatz
Rhein-Kreis Neuss	Neuss	Markt 2 41460 Neuss	Stadt Neuss	01.01.2020	Dez. 4 Vorort, 1 Arbeitsplatz
Rhein-Kreis Neuss	Dormagen	Paul Wierich Platz 2 41539 Dormagen	Stadt Dormagen	01.01.2020	Dez. 4 nutzt 1x wöchentlich

Oberbergischer Kreis	Gummersbach	Moltkestraße 42 51643 Gummersbach	Oberbergischer Kreis Der Landrat	01.01.2020	Dez. 4 ist Vorort, Dez. 7 kann nutzen auch SEIB- Pilotregion 106+
Rheinisch-Bergischer-Kreis	Bergisch-Gladbach	Hauptstraße 97 51465 Bergisch Gladbach	SPZ- die Kette	offen	
Rhein-Sieg-Kreis	St. Augustin	Arnold-Janssen-Str. 29 53757 St. Augustin	Asklepsios Klinik	Juni/Juli	
Kreis Viersen	Viersen	Rathaus Viersen Rathausmarkt 3 41747 Viersen	Kreis Viersen	offen	
Kreis Wesel	Wesel	Viktoriastraße 10 46483 Wesel	private Vermietung eines Büros	offen	

**Finanzierungsplan für das Forschungsvorhaben
„Inklusive berufliche (Aus-)Bildung von Jugendlichen mit Schwerbehinderung im
Rheinland – Zugänge, Gestaltung und Verbleib“ 2020 - 2024**

Finanzierungsplan Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Bezeichnung	Gesamt in €
Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in (TV L 13, 100%)	295.000
Hilfskräfte	26.500
Sachausgaben	20.000
Reisekosten	8.000
<i>Zwischensumme</i>	349.500
20 % Pauschale für Gemeinkosten	69.900
Gesamt	419.400

Finanzierungsplan Humboldt-Universität zu Berlin

Bezeichnung	Gesamt in €
Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in (TV L 13, 100%)	295.000
Hilfskräfte	26.500
Sekretärin (TV L 8, 5%)	10.300
Sachausgaben	20.000
Reisekosten	8.000
<i>Zwischensumme</i>	359.800
20 % Pauschale für Gemeinkosten	71.960
Gesamt	431.760

Finanzierungsplan, gesamt

Bezeichnung	Gesamt in €
Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg	419.400
Humboldt-Universität zu Berlin	431.760
Gesamt	851.160